



Aktenzeichen: Pet 4-20-17-2169-022320

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 10.10.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition gefordert, das Programm „Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H)“ nicht zu beenden.

Zur Begründung der Petition wird im Wesentlichen vorgetragen, dass sowohl nach Deutschland eingewanderte Personen als auch aus dem Ausland stammende Fachkräfte deutsche Sprachkenntnisse und eine qualifizierte Bildungsberatung benötigten, da Bildung der Schlüssel für eine gelungene Integration sei. Bei dem seit dem Jahr 1972 bestehenden Bundesprogramm „Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H)“ handele es sich um die einzige unentgeltliche studienübergreifende, überregionale und unabhängige Studienberatung im Bundesgebiet, die an 22 festen und über 100 mobilen Beratungsstandorten durchgeführt werde.

Wegen der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen. Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Die Petition wurde durch 529 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 20 Diskussionsbeiträge ein.

Dem Petitionsausschuss liegen zu diesem Thema mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann. Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter



anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Ausschuss stellt zunächst klar, dass das Bundesprogramm „Garantiefonds Hochschule“ auf den Richtlinien zur Förderung junger Zuwanderinnen und Zuwanderer zur Vorbereitung und Durchführung eines Hochschulstudiums, „Garantiefonds - Hochschulbereich (RL-GF-H)“ basiert. Es ist damit, wie in der Eingabe zutreffend dargelegt wird, sehr spezifisch ausgerichtet.

So werden über die Richtlinien insbesondere studienvorbereitende Deutschsprachkurse gefördert, die mit einem Zertifikat C1 GER abschließen. Falls erforderlich, wird zusätzlich auf den Test „Deutsch als Fremdsprache“ beziehungsweise auf die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang vorbereitet. Daneben wird auch die Teilnahme an einem Studienkolleg oder dem Sonderlehrgang finanziert. Hinzu kommt die Möglichkeit, an studienvorbereitenden Seminaren teilzunehmen.

Ergänzend weist der Ausschuss darauf hin, dass sich das Programm zuwendungsrechtlich in die Bereiche „Bildungsberatung GF-H“ und „Förderung nach den Richtlinien GF-H“ teilt.

Was die in der Eingabe kritisierte Programmbeendigung anbelangt, stellt der Ausschuss fest, dass sich die Bundesregierung darauf verständigt hatte, für das Jahr 2024 einen Haushaltsentwurf zu vereinbaren, mit dem den besonderen Herausforderungen der Zeit Rechnung getragen werden soll. Aus diesem Grund wurden auch für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in dessen Zuständigkeit das Programm „Garantiefonds Hochschule“ fällt, Kürzungen vereinbart. Hierdurch wurden die haushalterischen Spielräume auch des BMFSFJ eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund hatte die Bundesregierung im Rahmen einer umfassenden Abwägung zunächst die Einstellung des „Garantiefonds Hochschule“ ab dem Jahr 2024 beschlossen.

Der Petitionsausschuss teilt das mit der Petition vorgetragene Anliegen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der dringend benötigten und zurecht auch in der Eingabe betonten Fachkräftesicherung, die seiner Überzeugung nach auch dadurch sichergestellt werden muss, dass qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland einfacher als bisher eine berufliche Perspektive in Deutschland eröffnet wird.



Aus diesem Grund begrüßt der Ausschuss mit Nachdruck die Fachkräftestrategie der Bundesregierung, die unter anderem vorsieht, die Einwanderung ausländischer Fachkräfte zu erleichtern. Die Strategie zielt darauf ab, Verwaltungsverfahren und die Anerkennung von Berufsabschlüssen zu vereinfachen und einen unkomplizierten Nachzug von Familien und deren Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Überdies sollen in den Herkunftsländern Beratungsangebote und Sprachkurse für Einwanderungsinteressierte ausgebaut werden.

Der Petitionsausschuss macht darauf aufmerksam, dass im parlamentarischen Verfahren zu den Haushaltsgesetzen 2024 zu den RL-GF-H und damit zum Bundesprogramm Garantiefonds Hochschule für den Bundeshaushalt 2024 in Abweichung von den ursprünglichen Planungen der Bundesregierung entschieden wurde, das Programm im Jahr 2024 mit einem Fördervolumen von 16,85 Mio. Euro auszustatten. Gleichzeitig wurde das BMFSFJ aufgefordert, neue „Richtlinien Garantiefonds Hochschule“ zu erlassen.

Der Ausschuss begrüßt die Weichenstellung des Haushaltsgesetzgebers ausdrücklich und stellt fest, dass hiermit dem vorgetragenen Anliegen Rechnung getragen wurde. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die RL-GF-H zum 31. Mai 2024 auslaufen. Der Zeitraum seit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2024 bis zu diesem Auslaufen ist zu kurz, um innerhalb dessen neue Richtlinien im engeren Sinne erlassen zu können. Daher hat das BMFSFJ zunächst ein Verfahren zur Verlängerung der aktuell gültigen Richtlinien ab dem 1. Juni 2024 eingeleitet, was ebenfalls begrüßt wird.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen entsprochen worden ist.